

**ECOLE POLYTECHNIQUE - ESPCI
ECOLE NORMALES SUPERIEURES**

CONCOURS D'ADMISSION 2022

MERCREDI 27 AVRIL 2022

14h00 - 18h00

FILIERES MP-PC-PSI

Epreuve n° 6

ALLEMAND (XEULSR)

Durée totale de l'épreuve écrite de langue vivante (A+B) : 4 heures

L'utilisation de dictionnaire et traductrice n'est pas autorisée pour cette épreuve.

**PREMIÈRE PARTIE (A)
SYNTHÈSE DE DOCUMENTS**

Contenu du dossier : trois articles et un document iconographique pour chaque langue. Les documents sont numérotés 1, 2, 3 et 4.

Sans paraphraser les documents proposés dans le dossier, le candidat réalisera une synthèse de celui-ci, en mettant clairement en valeur ses principaux enseignements et enjeux dans le contexte de l'aire géographique de la langue choisie, et en prenant soin de n'ajouter aucun commentaire personnel à sa composition.

La synthèse proposée devra comprendre entre 600 et 675 mots et sera rédigée intégralement dans la langue choisie. Elle sera en outre obligatoirement précédée d'un titre proposé par le candidat.

**SECONDE PARTIE (B)
TEXTE D'OPINION**

En réagissant aux arguments exprimés dans cet éditorial (document numéroté 5), le candidat rédigera lui-même dans la langue choisie un texte d'opinion d'une longueur de 500 à 600 mots.

Partie A – Texte 1

Merkels Abschied aus internationaler Sicht

Die Rückzugsankündigung der Bundeskanzlerin beschäftigt auch die Medien im Ausland. Unter anderem sagen die Kommentatoren stürmische Zeiten für Europa voraus. Eine Auswahl internationaler Pressestimmen.

Die *"New York Times"* analysiert: "Die Entscheidung der Kanzlerin zeigt, dass weder sie noch ihr Land immun sind gegen die Kräfte, die die Politik auf dem Kontinent neu geordnet haben - die Aushöhlung der politischen Mitte; der Aufstieg populistischer Kräfte; der Rückschlag der Migrationskrise; und die Verschiebung der politischen Gräben weg von der historischen Links-Rechts-Spaltung hin zu einem Kampf zwischen liberalen pro-europäischen Werten und ihrem nationalistischen Gegenpol." Deutschland sei "seinen kleineren Nachbarn ähnlicher geworden, die eine ähnliche politische Zersplitterung erlebt haben - darunter Spanien, Italien und die Niederlande."

Der britische *"Guardian"* sieht in Merkels Ankündigung, den CDU-Vorsitz aufzugeben, einen "Härtetest für einen aufgewühlten Kontinent": "Merkel war ein Symbol der Beständigkeit und Kontinuität. Der Abgang der De-facto-Anführerin der EU vor der Bundestagswahl 2021 fällt in eine Zeit, in der die politische Stabilität des Kontinents wohl so stark gefährdet ist wie seit dem Zweiten Weltkrieg nicht mehr." Durch ihre nun geschwächte Position im Inland könnte die Führungsstärke der Kanzlerin auf europäischer Ebene zukünftig "begrenzt" sein. "Das sind vor allem schlechte Nachrichten für den französischen Präsidenten Emmanuel Macron, dessen große Visionen von der Reform der Eurozone jetzt noch weiter entfernt erscheinen als je zuvor."

Für die russische Tageszeitung *"Iswestija"* ist Merkels Entscheidung "wohl der notwendige Kompromiss, um ihr für die kommenden Jahre den Posten der Kanzlerin zu sichern. Denn es folgte sogleich die Ankündigung, dass sie bei der Wahl 2021 nicht mehr kandidieren wird. Mit anderen Worten, Merkel hat ihr Angebot in einem politischen Handel gemacht: Sie gibt die Parteiführung ab und tritt bei der Wahl nicht mehr an und bekommt dafür, dass sie die Wahlperiode als Kanzlerin beenden darf."

Aus Sicht der Schweizer *"NZZ"* hat Merkel zu lange an ihrem Amt festgehalten und so "die Chance eines glanzvollen Abgangs endgültig verpasst." Der Verzicht auf das Parteiamt sei "ein Blitzableiter. An der neuen Person an der Parteispitze und an den Kämpfen um die nächste Kanzlerkandidatur sollen sich in den kommenden Jahren die Medien und die politische Konkurrenz innerhalb und außerhalb der Partei abarbeiten, während die Grand Old Lady im Kanzleramt noch drei Jahre lang weiter die Fäden zieht."

"Die Presse" aus Österreich schreibt: "Die Trennung von Kanzlerschaft und Parteivorsitz ist ein fataler Fehler. Sie bedeutet einen 'Autoritätsverlust auf ganzer Linie' und den 'Anfang vom Ende' einer Kanzlerschaft. Es ist eine brutale Analyse. Sie stammt von Angela Merkel, aus dem Jahr 2004. Parteivorsitz und Kanzlerschaft gehören zusammen: Das war ein ehernes Prinzip der deutschen Regierungschefin. Sie wiederholte es immer wieder."

In der niederländischen Zeitung *"de Volkskrant"* heißt es: "Merkel gibt den Parteivorsitz bestimmt nicht aus freien Stücken ab. Aber ihre Entscheidung ist keine Panikreaktion. Es

ist ein letzter Versuch, nach vorn zu schauen und ihrer Partei den erforderlichen Freiraum für eventuelle vorgezogene Neuwahlen zu verschaffen. Nach 18 Jahren hält die angeschlagene 'Mutti' Merkel ihre Kinder für erwachsen genug, um über die Zukunft der Partei zu bestimmen - und sie nimmt in Kauf, dass sich dabei eines ihrer Kinder als Muttermörder entpuppen könnte."

Die größte spanische Tageszeitung "*El País*" beschreibt die Strategie der Noch-CDU-Vorsitzenden als alternativlos: "So weiterzumachen wie bisher, war keine Option mehr. Merkel ist immer noch eine sehr beliebte Politikerin in Deutschland, zugleich ist sie aber für viele innerhalb und außerhalb ihrer Partei zum Symbol einer Flüchtlingspolitik geworden, die sie ablehnen und als eine schwere Last empfinden. Die Kanzlerin scheint endlich verstanden zu haben, dass es an der Zeit ist, die Karten anders zu spielen. Also entweder sie oder die Partei."

"*Clarín*" aus Argentinien konstatiert: "Seit sie im März dieses Jahres zum vierten Mal in Folge als Kanzlerin vereidigt wurde, ist sich Merkel weiter treu geblieben und hat Nervenstärke bewiesen. Ihr Verhandlungsgeschick ist legendär, aber durch den Rückzug vom CDU-Parteivorsitz hat Merkel gezeigt, dass es auch für Grenzen gibt."

"*The Sydney Morning Herald*" schreibt, Merkel werde "nicht gehasst" - im Gegenteil. Ihre Popularitätswerte seien nie so stark gesunken wie etwa die der britischen Premierministerin Theresa May oder des französischen Präsidenten Emmanuel Macron. "Aber die Deutschen sind müde und wollen einen Neuanfang. Während Meinungsumfragen zeigen, dass sie ihre [Merkels] Intelligenz, Kompetenz und Stärke respektieren, zeigten sie in diesem Jahr eine auch zunehmende Wahrnehmung, dass sie autoritär und volksfremd ist."

Kritisch sieht die Bilanz des deutschsprachigen Dienstes des russischen Auslandssenders "*RT*" (ehemals Russia Today) aus: Die Bilanz der Kanzlerin sei "niederschmetternd". "Die deutsche Gesellschaft ist gespalten, die Diskussionskultur verkümmert, die Europäische Union steht auch wegen Merkels Migrationspolitik vor dem Nichts", so der Sender. Viele Medien, wie etwa die Kreml-freundliche Zeitung "*Izvestia*", sehen Deutschland seit der Bundestagswahl 2017 in einer "permanenten innenpolitischen Krise", rechnen jedoch nach Merkels Rückzug nicht mit einer "Apokalypse". Es habe in der bundesdeutschen Geschichte bereits früher Rücktritte und Machtkämpfe gegeben.

Die liberale Wirtschaftszeitung "*Wedomosti*" blickt mit Anerkennung auf den freiwilligen Rückzug der deutschen Spitzenpolitikerin. Es sei eine "aus russischer Sicht schwer vorstellbare" Geste. Und auch die führende staatliche Nachrichtenagentur "*RIA*" lässt Bewunderung für die Bundeskanzlerin durchblicken: Merkels machtpolitische Kombination verdiene Applaus, heißt es in einem Kommentar. Die Noch-Chefin der CDU sei ihren Kritikern zuvorgekommen, habe "als erste zugeschlagen" und so eine zunehmend "negative Welle" gestoppt. Das sei "brillant". "Was Russland anbetrifft, so hat es eine weitere sehr anschauliche Lektion erhalten, wie eine echte westliche Demokratie funktioniert", bilanziert "*RIA*".

Partie A – Texte 2

Von Kohls kleinem Mädchen zu Deutschlands Mutti

Angela Merkel hat sich in die Geschichtsbücher regiert, ihre Amtszeit ist eine Ära, die nicht nur Deutschland, sondern ganz Europa geprägt hat.

Die gebürtige Hamburgerin zog mit ihren Eltern in die ostdeutsche Provinz, wo ihr Vater eine Stelle als Pfarrer angenommen hatte. Sie wuchs in der DDR auf, studierte in Leipzig Physik.

Nach dem Fall der Mauer trat sie 1990 der CDU bei. Altkanzler Helmut Kohl gab ihr 1994 den ersten Ministerposten und förderte ihre Karriere - das Ministerium für Umwelt und Reaktorsicherheit, ein passendes Ressort für die promovierte Physikerin. Nach der Wahlniederlage 1998 sah Kohl, wie sich seine Schülerin von ihm abwandte, ebenso wie die Partei. Grund war die CDU-Spendenaffäre, Kohl wollte die Quellen nicht offenlegen. Merkel war damals CDU-Generalsekretärin.

Pragmatisch, stoisch, beliebt, erfolgreich

2005 gewinnt die Union knapp die Bundestagswahl, Angela Merkel wird Bundeskanzlerin und die politische Karriere von Gerhard Schröder (SPD) beendet. Seitdem hat Merkel fünf britische Premierminister, vier US-Präsidenten, drei spanische und acht italienische Ministerpräsidenten überlebt.

Beim G8-Gipfel 2007 begrüßte sie die Regierungschefs im Ostseebad Heiligendamm, scherzte mit US-Präsident George W. Bush und Russlands Wladimir Putin.

Die Beziehungen zu den Vereinigten Staaten waren zeitweise angespannt. 2013, unter Obama, kam der NSA-Spionageskandal ans Licht. Und mit Trump wurde es noch schlimmer. Der US-Präsident verweigerte ihr einmal den Handschlag und ignorierte sie mehrmals. Beim G7-Treffen weigerte sich Trump als einziger Staatschef, eine von Merkel vorgeschlagene gemeinsame Erklärung zur Vermeidung eines Handelskriegs zu unterzeichnen.

Immer wieder wurde ihr ein beinahe stoischer Pragmatismus vorgeworfen, besonders während der Eurokrise, als Merkel trotz Not der südlichen EU-Staaten auf Sparmaßnahmen bestand.

Dem gegenüber stehen Momente, in denen sie ihre Meinung geändert hat. 2015 sagte sie "Wir schaffen das" und ließ eine Million Flüchtlinge vor allem aus den Kriegsgebieten Syrien und Irak ins Land. Merkels Popularität war während der Migrationskrise auf dem Tiefpunkt.

Geschwiegen, beobachtet und spät gehandelt

Für ihren Umgang mit der Corona-Pandemie wurde sie weithin gelobt, die schwarze Null wurde über den Haufen geworfen, Sofortmaßnahmen zur Rettung der Wirtschaft ergriffen und die öffentlichen Ausgaben erhöht.

In den Jahren ihrer Amtszeit hat Angela Merkel oft geschwiegen, beobachtet und spät gehandelt aber sie hat das Land auch durch viele gefährliche wirtschaftliche und politische Gewässer navigiert.

Merkel verabschiedet sich nach 16 Jahren an der Macht. Aber wer weiß - die Regierungsbildung nach der vergangenen Bundestagswahl hat sechs Monate gedauert. Einige sehen Merkel schon als amtierende Kanzlerin Weihnachtslieder singen und eine Neujahrsansprache halten.

<https://de.euronews.com/2021/09/24/von-kohls-kleinem-madchen-zu-deutschlands-mutti>

25/09/2021

Partie A – Texte 3

Die Nachwendezeit

Fast am Ende ihrer Amtszeit hat Angela Merkel endlich die Diskriminierung vieler Ostdeutscher angesprochen. Doch leider hat ein wichtiger Teil der Geschichte gefehlt.

Zu den Erzählungen, die Angela Merkels Kanzlerschaft von Anfang an begleiteten, gehört jene, dass sie unfähig sei, große Reden zu halten. Dass ihr das kommunikative Talent etwa ihres Vorgängers Gerhard Schröder völlig abgehe, Zusammenhänge in prägnante Formeln zu kleiden, in Sätze, die anfeuern, einschwören oder Verständnis stiften können.

Dabei ist fraglich, ob das überhaupt je stimmte. Schon ihre Trauerrede für die Opfer des NSU im Jahr 2012 war historisch, auch wenn wir heute wissen, dass vieles nicht eintrat, was sie den Angehörigen der Opfer damals versprach. Der Satz "Wir schaffen das" wird sie überdauern. Und ihre TV-Ansprache zur Corona-Krise brachte Empathie und Klarheit über die Bedrohung auf eine Weise zusammen, wie sie weltweit nur wenige andere Regierende hinbekamen.

Gestern hielt Merkel die Rede zum 31. Jahrestag der Deutschen Einheit, die letzte ihrer Kanzlerschaft, und wer der Kamera in die Gesichter der anwesenden politischen Prominenz folgte, der konnte sehen, dass das, was sie da sagte, wirkte. Manche der vor allem westdeutschen Zuhörer hatten eine Mischung aus Scham und Rührung im Gesicht, etwas, das man immer noch eher selten sieht, wenn Ostdeutsche vor Westdeutschen über die Nachwendezeit sprechen.

Verletzlichkeit und Verletztheit

Merkel trat nicht zum ersten Mal, aber zum ersten Mal in dieser Drastik als Ostdeutsche in Erscheinung und sie offenbarte eine Verletzlichkeit und Verletztheit, die sie während ihrer Kanzlerschaft offenbar nie zeigen mochte. Was verständlich ist in einem Land, das noch immer vor allem westdeutsch gedacht wird, und in dem identitätspolitische Minderheitenperspektiven manchen mittlerweile als Bedrohung der Demokratie gelten.

Der wohl wirksamste Teil ihrer Rede war ein Zitat aus einer wissenschaftlichen Ausarbeitung der CDU-nahen Konrad-Adenauer-Stiftung, in dem ihre eigene DDR-Biografie als "Ballast" bezeichnet wurde. Was Merkel auch im Vortragen noch aufwühlte, war die in einem Wort zusammengefasste Deutung ostdeutscher Lebenserfahrung: Ballast. Die DDR-Erfahrung als etwas Bemitleidenswertes, wohl auch manchmal Dramatisches, aber letztlich in der demokratischen Bundesrepublik Unbrauchbares. Niedliche, kleinbürgerliche Lebensgeschichten, deren Nachwirkungen aber im Westen nicht selten auch als unzuverlässig und bedrohlich wahrgenommen werden.

Merkel zitierte auch eine Textpassage des *Welt*-Herausgebers Thomas Schmid, in der dieser ihr ihren Satz "Dann ist das nicht mein Land" vorhielt: "Da blitzte einen Moment

lang durch, dass sie keine geborene, sondern eine angelehrte Bundesdeutsche und Europäerin ist." Merkels Antwort in der Rede verdient es, eingerahmt und unterstrichen zu werden: "Wer entscheidet, wer die Werte und Interessen unseres Landes versteht und wer das nicht tut beziehungsweise eben nur (...) in 'angelernter' Weise?"

Merkel sprach in dieser Rede etwas aus, das wohl viele Ostdeutsche lange von ihr erwartet hatten: nämlich das Erleben einer subtilen Form der Diskriminierung, die die eigenen Erfahrungen bestenfalls für irrelevant erklärt und schlimmstenfalls immer wieder die Zugehörigkeit zum Gemeinwesen infrage stellt – zeitlebens und gänzlich unabhängig von der erbrachten Leistung. Eine Diskriminierung, die übrigens oft die Kritik an ihr von vornherein degradiert, indem sie diese als Jammerei verunglimpft.

Diese Diskriminierung anzusprechen, ist ein Verdienst Merkels. Und gleichzeitig ist es sehr spät dafür, denn das alles verletzte Menschen nicht nur auf der individuellen Ebene. Es untergrub auch gesellschaftliche Solidarität. Und es ist sicher auch ein Teil der Erklärung für die immer noch bestehenden Lohn- und Vermögensunterschiede und die skandalöse Unterrepräsentation der Ostdeutschen in den Eliten.

Doch Merkels Rede hat noch eine tiefere Bedeutung, die sie selbst nicht benannte. Denn ihre spitze Frage, ob es zwei Sorten von Bundesdeutschen und Europäern gibt, die könnten natürlich andere mit noch viel mehr Recht stellen. Menschen mit Zuwanderungsgeschichte etwa, die auch mit deutschem Pass von Desinteresse oder Argwohn betroffen sind. Deutschtürken, die, egal wie lange sie schon hier leben, als fünfte Kolonne Erdogans in Deutschland verdächtigt werden. Muslime, deren angebliche religiöse Prägung sie angeblich unfähig zu Demokratie und Gleichberechtigung macht. Nahezu alles, was Merkel an der westdeutschen Mehrheitsgesellschaft im Umgang mit den Ostdeutschen kritisiert, trifft auch auf andere Zugewanderte und deren Nachkommen zu, die allerdings zudem oft von Rassismus betroffen sind.

Hat Merkel es ihren Zuhörern überlassen, diese Schlussfolgerung selbst zu ziehen? Oder hat sie diesen Zusammenhang etwa schlicht nicht gesehen? Das nun ist wirklich schwer zu glauben. Man kann ihren Satz von einem Deutschland, "in dem jeder Mensch Chancen braucht, dass jede und jeder Einzelne sich gehört und zugehörig fühlen können muss", durchaus auch als ihr Vermächtnis an ihre eigene Partei lesen. Vor allem an jene, die sich politischen Erfolg von der Gegenüberstellung tonangebender Mehrheit und vorlauten und gefährlichen Minderheiten versprechen.

Ein Kommentar von Christian Bangel, Zeit.de, 4. Oktober 2021

Partie A – Document iconographique



Von Heiko Sakurai, 2021,

<https://sakurai-cartoons.de/?fbclid=IwAR0sm2eTKx0yBLDPlgr-oZ88l-R1IKIDDbGYfuoXshAWuXP187UUhvn8Kzs>

Partie B - Editorial

Editorial: Eine Bundestagswahl wie keine zuvor

Nach 16 Jahren Angela Merkel steht am Sonntag eine Wahl bevor, die wie keine zuvor ist. Der Wahlkampf zwischen CDU, SPD und Grünen ist auf den letzten Metern in vollem Gange, doch wer am Ende regiert, ist völlig offen. Unser Autor analysiert seine Sicht auf die Wahl.

Die Bundestagswahl am 26. September ist in vielerlei Hinsicht eine ganz besondere. Schließlich ist es die erste Wahl, bei der kein amtierender Bundeskanzler mehr antritt. Nach 16 Jahren Angela Merkel werden die Karten sprichwörtlich neu gemischt. Und es geht spannend zu wie selten zuvor in der bundesdeutschen Wahlkampfgeschichte.

Nachdem die CDU mit ihrem Kandidaten Armin Laschet als klarer Favorit ins Rennen um den Einzug ins Kanzleramt gestartet war, setzten die Sozialdemokraten mit ihrem Spitzenkandidaten Olaf Scholz zu einer kaum für möglich gehaltenen Aufholjagd an und liegen auch kurz vor der Wahl in den Umfragen vorn.

Olaf Scholz inszeniert sich als der erfahrene Staatsmann, dem man das Land ohne Sorge anvertrauen kann. Schließlich hat er tatsächlich viel Erfahrung in Ministerämtern vorzuweisen und hatte als Finanzminister einen großen Anteil an der Bewältigung der Corona-Pandemie. Allerdings könnten ihn die Skandale um Wirecard und Cum-Ex noch Stimmen kosten – zumindest versuchen die politischen Kontrahenten aus diesen Themen Kapital zu schlagen.

Laschets zögerlicher Kurs in der Klimapolitik kostet die Union Wählerstimmen

Derweil machte Armin Laschet beim Management der Flutkatastrophe in seinem Bundesland Nordrhein-Westfalen keine gute Figur. Statt in dieser Stunde der Exekutive den entschlossenen Macher und Kümmerer zu geben, bleibt vor allem sein deplatziertes Lachen während einer Rede von Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier im Katastrophengebiet in Erinnerung.

Auch Laschets zögerlicher Kurs in Sachen Klimapolitik kostete den Unions-Kandidaten viele Wählersympathien. Und in Interviews agiert er häufig unglücklich. Doch Laschet ist als Kämpfer bekannt und sollte nicht vorschnell abgeschrieben werden.

Das Kanzleramt ist für Baerbock nicht mehr in Reichweite

Die Grünen wiederum starteten mit viel Rückenwind in den Wahlkampf, nachdem Annalena Baerbock Kanzlerkandidatin geworden war. Doch die unerfahrene Grüne leistete sich Fehler wie falsche Angaben in ihrem Lebenslauf und abgeschriebene Passagen in ihrem aktuellen Buch. Zuletzt haben sich die Grünen wieder stabilisiert und liegen nur knapp hinter der Union. Eine Regierungsbeteiligung ist durchaus drin, das Kanzleramt eher nicht.

Klar ist so kurz vor der Wahl nur, dass nichts klar ist. Umfragen, das ist eine Binsenweisheit, sind keine Wahlergebnisse. Sowohl SPD, als auch CDU/CSU und selbst die Grünen haben Chancen, als stärkste Partei abzuschneiden und damit den Auftrag zur Regierungsbildung zu erhalten. Dass diese kompliziert und langwierig wird, zeichnet sich jetzt schon ab.

Ampel-, Kenia-, Jamaika- oder Deutschland-Koalition?

Da es mathematisch aller Voraussicht nach keine Mehrheit für eine Zwei-Parteien-Koalition geben wird, sind zahlreiche Konstellationen denkbar: Eine Ampel mit SPD, FDP und Grünen, ein Jamaika-Bündnis zwischen Union, Grünen und FDP, eine Kenia-Koalition mit Union, SPD und Grünen, eine Deutschland-Koalition zwischen Union, SPD und FDP oder eine Rot-Rot-Grüne Koalition aus SPD, Linke und Grüne.

Doch inhaltlich gibt es bei nahezu allen Konstellationen teils enorme Differenzen zwischen den potenziellen Partnern – sei es die Klimapolitik, die Schulden- und Steuerpolitik oder die Außen- und Verteidigungspolitik. Die Sondierungsgespräche werden zäh.

In unserem Wochenthema zur Bundestagswahl beleuchtet die Redaktion zahlreiche Themen, die zur Wahlentscheidung beitragen können. Welche programmatischen Schwerpunkte setzen die kleineren Parteien, die wahrscheinlich im nächsten Bundestag sitzen werden? FDP und Linke könnten bei der Bildung einer neuen Bundesregierung eine wichtige Rolle spielen, während eine Regierungsbeteiligung der AfD von allen Parteien ausgeschlossen wurde. Wie läuft der Straßenwahlkampf in Corona-Zeiten? Wem gelingt es am besten, seine Klientel zu mobilisieren? Es wird mit einer hohen Wahlbeteiligung gerechnet. Diese und weitere Themen lesen Sie in der letzten Woche vor der Wahl auf [stimme.de](https://www.stimme.de).

Von Jürgen Paul, [Stimme.de](https://www.stimme.de), 20. September
2021